

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

25.6.1863 (No. 147)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 25. Juni.

N. 147.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Auf das mit dem 1. Juli beginnende dritte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Bestellungen an.

Unsere auswärtigen H. H. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Abonnirungen bei den großh. Postexpeditionen mit Ende dieses Monats abgelaufen sind. Wir ersuchen deshalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldmöglichst bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen. Der Abonnirungspreis beträgt, die Postboten- und Briefträger-Gebühr eingerechnet, in den Orten des Landpostbezirks Karlsruhe vierteljährlich 2 fl. 4 kr. und halbjährlich 4 fl. 8 kr., in allen andern Orten des Großherzogthums vierteljährlich 2 fl. 23 kr., halbjährlich 4 fl. 45 kr.; für welche Beträge die einzelnen Nummern vollständig franko den H. H. Abonnenten zuzustellen sind.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramme.

Koburg, 23. Juni. (W. R. B.) Die zwischen Landtag und Regierung bestandene Differenz bezüglich des Gewerbesteueres ist beigelegt, und zwar in einem der Pressefreiheit günstigen Sinne, als in Gotha. Darnach kann die Konzession zu Preßgewerben nur Denjenigen versagt oder durch richterlichen Urtheil entzogen werden, welchen die staatsbürgerlichen Ehrenrechte wegen Preßvergehens entzogen sind, und auch nur auf die Dauer dieser Entziehung. Auch hierzu hat übrigens der Landtag nur unter Nichtsverwahrung und Vorbehalt und nach Zusage eines liberalen Preßgesetzes zugestimmt.

Paris, 24. Juni. Der „Moniteur“ meldet heute eine Modifikation des Ministeriums. Billault wurde an Stelle Walewskis zum Staatsminister ernannt. Der Staatsminister hat künftighin die Obliegenheiten eines Ministers ohne Portefeuille. Das Hausministerium führt künftig den Titel „Ministerium des kaiserl. Hauses und der schönen Künste“; ihm unterstehen die schönen Künste, die Kunstanstalten, die öffentlichen Feste, die geschichtlichen Denkmäler, die Ehrenlegion und die Museen. Die Kultusadministration wird von dem Unterrichtsministerium getrennt und untersteht dem Justizministerium. Der „Moniteur“ untersteht dem Ministerium des Innern.

Broche wurde statt Delangle zum Justizminister, Boubert statt Persigny zum Minister des Innern, Duruy statt Rouland zum Unterrichtsminister, Behic statt Rouher zum Arbeitsminister, und Rouher statt Baroche zum Staatsraths-Präsidenten ernannt.

Morny wurde zum Präsidenten des Gesetzgeb. Körpers ernannt.

Deutschland.

Frankfurt, 20. Juni. Dem Bericht, welchen die verein-

Ein Heimathloser.

(Fortsetzung aus Nr. 146.)

Noch zwei Mal kam Escher, und zwar mit denselben Worten — denn der junge Picard war nicht gefunden worden —, mit demselben Tone und mit demselben Blicke. Endlich erschien der Tag, an dem mein Prozeß verhandelt werden sollte. Als ich in die Gerichtshalle trat, fiel mein Auge sogleich auf Mr. Picard, der mit seinem gelben Gesichte vor mir stand und mit seinen kleinen, grauen Augen scharf um sich schaute. Er war gekommen, um über die Ehre seiner Familie zu waschen, um meine Verurtheilung zu erwirken und den Verdacht zu begründen, daß ich seinen Sohn ermordet oder gezwungen habe, sich fern zu halten. Auch Escher befand sich dort und folgte den Verhandlungen mit gespannter Aufmerksamkeit. Ihr Gesicht war kalt und regungslos, wie das einer Marmorstatue, und ihre Augen ruhten während der ganzen Dauer des Verfahrens auf mir, ohne eine einzige Thräne zu vergießen. Endlich war die lange, qualvolle Prozedur zu Ende und ich wurde zu lebenswärtiger Deportation verurtheilt. Der Triumph in Mr. Picard's Zügen entging mir nicht, und mit stieren Augen sah ich Escher, nachdem sie ihren dunkeln Schleier tief herabgezogen hatte, den Saal verlassen. Sie blickte sich einen Augenblick, und es schien mir, als wenn sie schluchzte, aber gleich darauf war sie verschwunden. Wenige Wochen später befand ich mich auf der hohen See und auf dem Wege nach der Strafkolonie. Da trat in der Stille der Nacht das Bild meines vaterlosen und weinend an der Hauptforte stehenden Kindes vor mich, und ich glaubte, seine schwache, flügelnde Stimme im Heulen des Seewindes zu vernehmen. Der Schleier war über meine verlorenen Heimath gefallen und sollte nur nach Jahren einmal noch, und dann nie wieder gelüftet werden.

Unser Schiff erreichte den Ort seiner Bestimmung nicht. Im dritten Monate der Reise scheiterte es, und alle an Bord befindlichen Personen, mich und einen andern zur Deportation verurtheilten Verbre-

ten Ausschüsse in der letzten Bundestags-Sitzung über die holländische Angelegenheit erstattet haben, war unter vielen andern Aktenstücken auch die englische Note vom 29. Sept. an die Geschäftsträger in Wien und Berlin beigegeben, deren Schluß nach einer Uebersetzung der „Allg. Ztg.“, wie folgt, lautet:

Zuletzt komme ich zur Verfassungsfrage, der verwickeltesten und verwickeltesten aller dieser Streitfragen. Verträge, Protokolle und Depeschen geben uns wenig Licht über diesen Gegenstand, und die matten Strahlen, welche sie gewähren, bringen uns vielmehr vom rechten Weg ab. Denn was könnte zersetzender sein für alle Vereinigung, alle Wirksamkeit, alle Kraft, und wahrlich alle Unabhängigkeit, denn als absolute Regel aufzustellen, daß kein Gesetz als durchgegangen, und kein Budget als angenommen betrachtet werden soll, wenn es nicht die vier Ständeversammlungen der Monarchie übereinstimmend angenommen? Was würde Oesterreich sagen, wenn von ihm verlangt würde, eine Verfassung zu acceptiren, welche die Thätigkeit des Reichsraths zu Wien hemmt, so lange nicht besondere Stände in Ungarn, Galizien und Venetien dasselbe Gesetz angenommen oder dasselbe Budget genehmigt hätten? Wie würde sich Preußen selbst nehmen bei einem unbedingten Veto, das den Ständen des Posen bei den Verhandlungen seines Parlaments gegeben wäre? Wenn eine solche Verfassung zu einem baldigen und entscheidenden Bruch führen muß, so wollen wir betrachten, ob jeder Theil nicht seine volle unabhängige Bewegung haben könnte, ohne die Räder der ganzen Maschine zu hemmen. Wenn z. B. angenommen wäre, daß die für die Kriegesflotte geforderten Summen mit 90 aufzufüllen seien, von denen Dänemark 60, und die andern Staaten 30 zu liefern hätten, so kann Dänemark seinen Beitrag von 60 unabhängig von dem Votum der andern drei Staaten votiren und verwenden. Nur ein Einwand, welcher Beachtung verdient, kann gegen diesen Vorschlag gemacht werden. Wenn den 1,600,000 Einwohner Dänemarks aufgegeben würde, die Armee und Flotte zu bezahlen, und die 50,000 Lauenburgs wollten einen Theil des für diese Zwecke Bewilligten ablehnen, so würde dies als eine Verletzung von den Bewohnern des Königreichs, verglichen mit der Stellung von des König-herzoge Unterthanen in Lauenburg, empfunden werden. Das Heilmittel für dieses Mißverhältnis ist gefunden worden in dem Vorschlag eines Normalbudgets, welches dem Reichsrath und den Ständen Holslein-Lauenburgs und Schleswigs zur Genehmigung vorzulegen wäre. Es ist einleuchtend, daß die Regierung eines unabhängigen Königreichs, wie Dänemark, für die Aufrechterhaltung dieser Unabhängigkeit einen gewissen Ausgabebetrag für die Bewilligung des Souveräns, den diplomatischen Dienst, die Armee und Flotte des Staats fordern muß. Dies mag so sparfam wie möglich auf den niedrigsten Grad, den die f. Würde verlangt, auf die einfachste Einrichtung in diesem Reichthum, berechnet sein. Diese Summe soll von den vier repräsentativen Körpern verlangt werden können. Ihre Theilung mag einem Staatsrath, zu zwei Dritteln aus Dänen und einem Drittel aus Deutschen bestehend, anvertraut werden. Die Bestimmungen dieser Verfassung sollen öffentlich sein, und die Rechnungsbücher jährlich veröffentlicht werden. Das Normalbudget wird im Ganzen für zehn Jahre bewilligt, die Theilung der Ausgaben jährlich bestimmt. Außerordentliche Ausgaben, die den Betrag des Normalbudgets überschreiten, sind frei vom Königreich und von den drei Herzogthümern, von jedem für sich, zu votiren. Die Vorschläge, die ich gemacht habe, mögen in wenigen Worten zusammengefaßt werden: 1) Holslein und Lauenburg sollen Alles haben, was der Deutsche Bund für sie fordert; 2) Schleswig soll die Macht haben, sich selbst zu regieren und nicht im Reichsrath vertreten sein; 3) ein Normalbudget soll von Dänemark, Holslein, Lauenburg und Schleswig genehmigt sein; 4) außerordentliche Ausgaben sollen vom Reich-

rath und den gesonderten Ständeversammlungen Holsleins, Lauenburgs und Schleswigs genehmigt werden.

Frankfurt, 23. Juni. Die Erklärung, die der dänische Gesandte in der Bundestags-Sitzung vom 18. d. abgegeben hat, lautet vollständig:

Der Gesandte darf sich zur Zeit darauf beschränken, gegen die in dem vorliegenden Berichte der vereinigten Ausschüsse enthaltenen Behauptungen und Folgerungen, sowohl rechtliche wie faktische, sowie gegen die daraus abgeleiteten Anträge, als nach beiderseitigen Ansichten den dabei in Betracht kommenden Verhältnissen wesentlich nicht entsprechend, Verwahrung einzulegen, und dabei noch besonders hervorzuheben, daß die der f. Bekanntmachung vom 30. März d. J. in dem Berichte gewordene Beurtheilung mehrfach auf irrthümlicher Auffassung der darin enthaltenen Bestimmungen beruhen dürfte, welcher vorzubringen durch eine in Anspruch genommene Vermittlung des Gesandten unschwer gewesen sein würde. Indem der Gesandte sich anoch auf die bereits früher Namens seiner allerb. Regierung in der vorliegenden Frage, und zwar sowohl in ihrer föderalen als internationalen Bedeutung, abgegebenen Erklärungen zurückbezieht, hat derselbe ferner schon jetzt die freie Entscheidung und alle dabei in Betracht kommenden Rechte seines allerdurchlauchtigsten Souveräns zu verwahren und seiner Regierung etwaige weitere Erklärungen vorzubehalten.

München, 22. Juni. (Allg. Z.) Die General-Konferenz ist, mit seltener Ausnahme, jeden Tag zu mehrstündiger Sitzung versammelt und wird, um alle zur Zeit schon vorliegenden Gegenstände erledigen zu können, noch zwei bis drei Wochen versammelt bleiben müssen.

München, 23. Juni. Die von Sr. Maj. dem König bei Eröffnung des Landtags gehaltenen Thronrede lautet, nach der „Allg. Ztg.“, wie folgt:

Meine Herren Reichsräthe und Abgeordnete! Mit Freude entbiete ich den wieder um mich versammelten Kammern des Landtags, den Vertretern meines geliebten Volks, Meinen königlichen Gruß.

Die bisherige, um das Vaterland wohlverdiente Kammer der Abgeordneten habe ich aufgelöst, um den Ausbau der dem Lande zugesicherten Zivilprozessordnung vor jeder Gefahr der Stockung zu bewahren, und zu rechter Zeit auch für den Fall des Nöthigen vorzutreten, was die Verhandlungen über ein allgemeines deutsches Prozeßrecht nicht in angemessener Frist zu dem gewünschten Ziele führen. Ich habe dadurch von neuem bewiesen, wie sehr mir die möglichst rasche und vollständige Durchführung der vorhergehenden Gesetzgebungsreform am Herzen liegt. Die Neubildung der Kammer der Abgeordneten ist in Wahlen, deren Freiheit Meine Regierung in keiner Weise beengt hat, und unter dem frischen Eindruck lebhafter Erörterungen über die eingetragenen Fragen erfolgt, welche dormalen ganz Deutschland beschäftigten. Hiedurch wird Mir eine ausreichende Gewährschaft geboten, daß ich durch das Organ dieses Landtags den unverfälschten Ausdruck der öffentlichen Meinung über jene Fragen vernehmen werde. Es wird Mir zur hohen Genugthuung gereichen, auf diesem Weg Mich in der Ueberzeugung bestärkt zu sehen, daß Meine Politik mit den Wünschen und Sympathien Meines treuen Volks im Einklang sich befindet.

Ich habe im Verein mit mehreren deutschen Regierungen am Bund einen Antrag stellen lassen, durch welchen ich das Werk gemeinsamer Gesetzgebung fördern und gleichzeitig eine Reform der Bundesverfassung anbahnen zu können glaube. Dieser Versuch ist gescheitert; ich werde Mich indeß hiedurch nicht abhalten lassen, auf jeden den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechenden Ausbildung der Bundesverfassung, unter entschiedenem Festhalten der Selbstständigkeit Bayerns, bereitwillig und kräftig mitzuwirken.

Die Vorsorge für die materiellen Interessen des Landes und für Auf-

Sütterthor schon geschlossen. Es sah, mit seinen altmodischen Verzierungen und dem dahinter liegenden stillen Hofe, noch gerade eben so aus, wie vor langen Jahren, als ich es im Knabenalter zum ersten Male gesehen. Nirgends zeigte sich im Vorderhause Licht, und ich schlich deshalb leise durch eine Seitengasse, welche das Gebäude vom Kirchhofe trennte, nach dem hinteren Theile desselben. Gerade in diesem Augenblicke schlug es acht Uhr, und das Glockenspiel des nahen Thurmes ließ die Abendhymne ertönen, langsam und feierlich, wie es vielleicht seit Jahrhunderten täglich gesungen war und wie ich es so oft gehört hatte, wenn ich, am geöffneten Fenster sitzend, meine kleine Margaret in den Schlaf lullte. Eine Fluth von Erinnerungen drängte sich mir auf. Ich vergaß die Absicht meines Kommens, lehnte den Kopf an die Wand und weinte.

(Fortsetzung folgt.)

Strasburg, 22. Juni. Die Leistungen der Gesangsvereine haben bei unserm großen Sängerfeste Alles übertroffen, was man erwartet hatte. Auf Einzelnes einzugehen und dasselbe sachgemäß zu beurtheilen, muß den besondern Tagblättern überlassen bleiben. Mit stürmischem Beifalle wurden die Karlsruher und die Mainzer in ihren begabten Vorträgen begrüßt. Es würde überhaupt schwer halten, in das Detail der Vorträge jedes einzelnen Vereins einzugehen. Die deutschen Gesangsvereine haben in dem letzten Jahrzehnd einen Grad von Vervollkommenung erreicht, der allen Ländern zum Vorbild dienen kann. Das konsequente Streben der Gesänger hat in dem letzten Lustfeste es gleichfalls dahin gebracht, daß bei ihnen das Gediegene mit dem Harmonischen gleichen Schritt hält. Das Strasburger Fest hat übrigens durch seinen internationalen Charakter eine besondere und höhere Bedeutung. Deutsche, Schweizer und Franzosen haben sich innig vereinigt bei Musik und Lied, und wo dieses vormalig herrschte das schönste Beispiel zu friedlichem Zusammenwirken. Möchte dasselbe auf alle Beziehungen übertragen werden. Bei dem großen Banquet,

rechthaltung seiner Unabhängigkeit, sowie die Rücksicht auf die Handelsbeziehungen zu einem benachbarten Bundesstaat haben auch Mich bestimmt, dem von der k. preussischen Regierung im Namen des Zollvereins mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag in seiner demalstigen Fassung nicht beizutreten. Die hieraus für den Fortbestand des Zollvereins abgeleitete Besorgnisse vermag ich nicht für begründet zu erkennen. Ich gebe Mich vielmehr gern der Hoffnung hin, daß die nicht nur auf Erhaltung, sondern auch auf Erweiterung des Zollvereins gerichteten Bestrebungen Meiner Regierung von segensreichem Erfolge werden begleitet sein.

Die Lage der europäischen Verhältnisse ist leider nicht so gestaltet, daß sie eine Verminderung der bayerischen Wehrkraft als räthlich erscheinen ließe. Die Vaterlandsliebe der Kammern wird vor den Anstrengungen nicht zurücktreten, welche die Ehre und Unabhängigkeit Bayerns erheischt. Die Gunst der Umstände wird gestatten, ohne erhöhte Inanspruchnahme der Steuerkraft, das Erforderliche vorzunehmen.

Die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung und die theilweise Uebertragung der Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit an selbständige Notare ist zugleich mit der neuen Straf- und Polizeistrafgesetgebung in's Leben getreten und entspricht, so viel bis jetzt ersehen werden kann, den gebegten Erwartungen. Die von Mir kürzlich verfügte Vermehrung der Notariatsämter in Verbindung mit der Revision der Notariatsgebührenordnung, zugleich aber auch eine in jeder Beziehung nachhaltige Dotirung der betreffenden Behörden wird wesentlich dazu beitragen, die gebohten guten Wirkungen dieser Reformen zur vollen Geltung zu bringen.

Ich habe Anordnung getroffen, daß Ihnen in Gemäßheit des Art. 7, §§. 10 und 16 der Verfassungsurkunde die Rechnungsnachweisungen für die Jahre 1859/60 und 1860/61, sobald einige Gehehntwürfe, darunter namentlich die Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, mit mehrfachen, vorzugsweise durch die neue Handelsgesetzgebung veranlaßten Modifikationen und einem Einführungsgezet, dann ein Gezet über Erbauung weiterer Eisenbahnen vorgelegt werden.

Es ist Mir nicht entgangen, daß die Gesetzgebung Meines Landes im Bereiche der innern Verwaltung in mehrfacher Beziehung einer Umgestaltung bedarf. Die Gewerbefrage befindet sich in einem Uebergangszustand, welches eine Lösung auf gesetzlichem Wege erforderlich macht. Es gilt hierbei: die Anforderung freier Bewegung mit beschenden Rechten und Interessen in möglichst schonender Weise auszugleichen. Eine wahrhaft geistliche Erlebung dieser Angelegenheit ist aber durch gleichzeitig umfassende Reformen auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung, der Armenpflege, der Anstalts- und Heimathgesetzgebung bedingt. Von der Erkenntnis der tief eingreifenden Wichtigkeit dieser Reformen durchdrungen, ist Meiner Regierung angelegentlich mit denselben beschäftigt.

Aber wie schwierig auch diese Gesamtaufgabe sich gestalten mag, redlichem Eifer, gepaart mit patriotischer Opferwilligkeit, wird es gelingen, den Weg erschöpflicher Lösung zu finden, zum sprechenden Beleg dafür, daß jede Schwierigkeit zu bewältigen ist, wo die Krone und die Vertreter der Nation in wechselseitigem Vertrauen sich begegnen.

Darmstadt, 22. Juni. (Fr. 3.) Der vierte Ausschuss der Ersten Kammer erstattete durch den Grafen Erbach-Fürstenau einen Bericht über die Erbauung einer Eisenbahn durch den Odenwald, gestellt durch den Abg. Brenner und Genossen. Wenn auch bis jetzt nur wenige Anträge und Beschlüsse Zweiter Kammer sich einer Anerkennung von Seiten der Ausschüsse Erster Kammer zu erfreuen hatten, so bildet doch diese Eisenbahnfrage durch den Odenwald hievon eine Ausnahme. Der Berichterstatter erklärt, „der Odenwald bedürfe einer Hilfe durch die Eisenbahn, um aus seiner bisherigen Abgeschlossenheit vom Weltverkehr herausgerissen zu werden, und es trete hierbei vorzüglich das Mümmelthal in den Vordergrund.“ Auch daß eine den größern Verkehr vermittelnde Eisenbahn den Vorzug vor einer solchen verdiene, welche sich auf reinen Lokalverkehr beschränke, betont der Ausschussbericht und wünscht einen Anschluß bei Neckarelz in Verbindung mit einem Anschluß an Norddeutschland durch Ueberbrückung des Mains bei Offenbach oder Hanau. Es wird daher beantragt, den Beschlüssen der Zweiten Kammer beizustimmen: „Die Regierung zu ersuchen, Alles anzubieten, die Verhandlungen mit Baden und Württemberg zum möglichst raschen Abschluß zu bringen, und die Beschlußfassung über spezielle Richtung der Bahn und die Mittel zur Erbauung derselben bis zur Mittheilung eines Ergebnisses ausgesetzt zu lassen.“

Darmstadt, 22. Juni. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer kamen sehr zahlreiche neue Einläufe, welches gestern stattfand, sprach in dieser Hinsicht Meister Verloz Worte, die als inniger Ausdruck des wirklichen Befindens betrachtet werden können. „Unter dem Einfluß der Musik erhebt sich die Seele und die Ideen erweitern sich. Die Zivilisation schreitet vorwärts und der Nationalhaß verwindet sich. Setzt heute Frankreich und Deutschland vereinigt! Die Liebe für die Kunst hat sie vereinigt, und diese edle Liebe wird für ihre vollständige Einigung bei weitem mehr thun, als jene wunderbare Rheinbrücke und alle andern zwischen den beiden Ländern hergestellten raschen Verkehrswege!“ — Die verschiedenen Konturte, die am zweiten Tage stattfanden und durch eine Preisvertheilung endeten, müssen wir um so mehr erwähnen, als wir unter den Preisgekrönten auch einer deutschen Gesellschaft, der „Concordia“ von Freiburg, begegnen, welche einen ersten Preis (goldene Medaille) erlangte. Dieselbe war eine Gabe unseres würdigen Deputirten, des Hrn. Baron v. Bussière. Das ganze Fest trug den Charakter wohlgeordneter Organisation und wahrhaft internationaler Eintracht. Von deutschen Korpsführern müssen wir Hrn. K. A. K. erwähnen, welcher sich als Dirigent auszeichnete. Der Leiter der Gesänger-Gesellschaften, Hr. Liebe, hat seit Jahren große Verdienste um die Förderung des Gesangs und Musikwesens. Es war also nicht zu wundern, daß der wackere Mann stürmisch begrüßt und applaudirt wurde. Von deutschen Schriftstellern war Hr. R. P. B. anwesend, der sogar seine anmuthigen und gebiendenden Nieder unserer Lokalpresse lieh. Der vorzüglichste Dank gebührt aber dem Präsidenten des Gesänger-Bundes, Hrn. K. A. K., der mit Liebe, Muth und Sachkenntnis ein Fest zu organisiren verstand, welches zu den schönsten gehört, welche das Elsaß je gesehen.

— **Wien, 22. Juni.** Karl Treumann, der Direktor des abgebrannten Theaters, übernahm das Carl-Theater auf 15 Jahre. Die Vorstellungen beginnen Mitte August.

zur Anzeige. Die vielfachen Adressen in der Kirchenfrage wurden vorerst zur Offenlegung im Bureau bestimmt. Die Prorogation des Finanzgesetzes auf 6 Monate wurde (trotz des Widerspruchs der Regierung) mit allen gegen 2 Stimmen angenommen, nachdem die Regierungsvorlage gegen 8 Stimmen war abgelehnt worden. Den Aeußerungen des Regierungskommissärs gegenüber hatte Weß besonders betont, daß es sich jetzt nur darum handle, an dem frühern, schon bei der Adresse gefaßten Beschluß festzuhalten. Die Fortdauer des Zollvereins sei heute noch eben so gefährdet wie früher, und es liege kein Grund vor, jetzt der Regierung die Ermächtigung zum Abschluß von Zoll- und Handelsverträgen wieder einzuräumen. Die Aktion der Staatsschuldentilgungs-Verwaltung 1857/59 wurde im Ganzen mit allen Stimmen für gerechtfertigt erklärt, und auf den Schluß 1859 der Aktivstand mit 15,605,427 fl. und der Passivstand mit 22,379,364 fl. anerkannt. Ebenso wurden nach kurzer Diskussion sämtliche weitere Anträge des Ausschusses wegen alsbaldiger Rückzahlung des Kriegsanlehens von 1859 (erst 1864 kündbar) gegen Gewährung eines besondern Aufgebots (von 1—2 Proz.) und wegen vortheilhafter Verwendung der Ueberschüsse durch Einlösung von Eisenbahn-Obligationsen mit allen Stimmen angenommen. — Eine längere Debatte fand statt über den Antrag des Ausschusses, mit der weitem Einziehung von Grundrenten einzuhalten, da die noch im Umlauf befindlichen 4,340,000 fl. die Bedürfnisse des Geldverkehrs nicht übersteigen, und wurde dieser Antrag mit allen Stimmen angenommen. Es wurde dabei vom Ministerialrat aus bemerkt, es werde vielleicht nöthig, die jetzigen Scheine ganz einzuziehen und dafür ein anderes Papiergeld auszugeben. Zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld in 1863/65 sind jährlich 904,224 fl. 37 kr. bestimmt.

Wainz, 22. Juni. Der Prozeß Warburg wird kommenden Montag in Darmstadt am Kassationshof öffentlich verhandelt.

Köln, 22. Juni. (Fr. 3.) In Rheinland-Westphalen beginnt man in vielen Vereinen und Gesellschaften, die „Kreuzzeitung“ abzubestellen. — Heute öffnete sich ein ehemaliger Offizier, der früher bei einem Konfekte in Paris einen Kaufmann erstickt, im Bade hier selbst die Pulsader und verblutete sich in Folge dessen.

Koburg, 23. Juni. Die „Koburg. Ztg.“, das offizielle Organ der Regierung, sagt bezüglich der Anwesenheit des Herzogs Ernst in Wien:

Wir glauben, daß der Herzog nicht nur von dem immer mehr sich beschleunigenden konstitutionellen Sinn in Oesterreich, von Seiten der Regierung sowohl, wie der Bevölkerung, einen durchweg erfreulichen Eindruck empfangen hat, sondern daß auch die Hoffnung auf eine ernstliche Annäherung der deutschen Frage wesentlich gestärkt worden ist, und ferner, daß es sich bei den neu in's Auge zu fassenden Reformen keineswegs um ärmliche Delegationen, sondern um Institutionen handeln dürfte, die den heiligsten und berechtigtesten Wünschen der Nation am ehesten entsprechen und eine geistliche Weiterentwicklung ermöglichen würden. In solchem Sinne hat, wie man hört, der Herzog zu wirken gesucht. Und da hoffentlich auch kein Grund zur Befürchtung ist, daß ein Umsturz eintreten oder Bestrebungen irgend welcher Art die patriotischen Intentionen, die sich in Wien kundgegeben haben, wieder abschwächen sollten, so möchte es um so mehr gerathen erscheinen, vorurtheilsfrei und mit billig denkendem Sinne die Resultate abzuwarten.

Braunschweig, 19. Juni. (D. N. 3.) Der Ausschuss der Abgeordnetenversammlung, welcher, so lange nicht die Abgeordneten selbst tagen, die Versammlung vertritt, hat kürzlich ein Schreiben an das herzogliche Staatsministerium in der Sache Schleswig-Holsteins gerichtet. Es wird darin Bezug genommen auf die Uebereinstimmung, welche zwischen Regierung und Abgeordneten in dem Bestreben, nach Kräften den Uebergriffen Dänemarks zu wehren, geherrscht habe, und heißt es dann weiter:

Auch jetzt werde an der Bereitwilligkeit der Regierung, für die Sache Schleswig-Holsteins einzutreten, keineswegs gezweifelt; wenn indessen gerade im gegenwärtigen Augenblick der Unmuth des deutschen Volkes über diese, zum schweren Schaden an seiner Ehre hingezogene Sache durch einen neuen und starken Uebergriff Dänemarks frisch erweckt, und wenn deshalb ein entscheidender Schritt darin nothwendig geworden sei, so könne der Ausschuss nicht umhin, seine Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß sich die Regierung durch möglichst kräftige Vertretung der Rechte Schleswig-Holsteins, welche — soviel der Ausschuss übersehe — zunächst durch Unterstützung des von der obdenburgischen Regierung beim Bundestage gestellten Antrages zu betheiligen sein würde, den Dank des Landes erwerben, und daß dieses gern bereit sein werde, der Regierung auf den weiter sich daraus entwickelnden Schritten zu folgen.

Der Oberpräsident Breymann in Wolfenbüttel, Chefpräsident des obersten Gerichtshofes des Landes, ist gestern Morgen an den Folgen einer Lungenlähmung verstorben.

Berlin, 22. Juni. Die Leitartikel über preussische Dinge sind in den unabhängigen Blättern ganz verschwunden; ihre Stelle nehmen neuerdings — heredit genung — die Verwahrungen ein, welche täglich regnen. Uebrigens scheint sich allmählig eine starke politische Flugschriftliteratur organisiren zu wollen. Bereits ist damit der Anfang gemacht. — Die reaktiven Blätter frogen von den ungeheuerlichsten und oft abgeschmacktesten Angriffen gegen Alles, was ihnen nicht gefällt: gegen die liberalen Gemeindebehörden, gegen die Führer der freimüthigen Fraktionen des Abgeordnetenhauses, gegen die liberale Presse u. s. w. Die feudale „Zeidler. Korresp.“ sagt z. B.:

Die Opposition der Stadtverordneten mit der projektirten Adresse ist schließlich zu einem obligaten Rückzug mit der „unvernehmlichen Portion Flegel“ gegen die königl. Familie geworden.

Die „Berlin. Revue“ verlangt eine Regierungsverfügung dahin,

„daß fortan jede unnütze und nicht zur Gemeindefrage gehörige Sprechübung à la Birkow und Gneiss eine Ordnungstrafe von je 100 Thln. für ihn zur sofortigen Folge haben würde.“ Wir kennen, heißt es weiter,

nicht die Vermögensverhältnisse der H. Kochmann und Witt, glauben aber, daß dieselben kaum geneigt sein würden, lediglich um von Hrn. Birkow Reden zu hören, Tausende von Thalern zu opfern. Wohl aber würde die konsequente Durchführung einer solchen Maßregel durch alle Städte, die größern voran, sich als sehr erwünscht erweisen. Wir würden vorgeschlagen haben, zunächst die Mitglieder der Breslauer Deputation unmittelbar nach ihrer Ankunft auf dem Bahnhofe von Berlin oder Potsdam sofort mittelst Zwangspasses nach Breslau zurückzubringen, jedes derselben in eine Ordnungstrafe von 100 Thln. zu nehmen, und gegen die etwa darunter befindlichen Beamten das Disziplinarverfahren mit dem Ziele auf Dienstentlassung einzuleiten. Nur ein paar solcher Fälle wären nöthig, um den usurpirten Duobezparlamentarismus in der Geburt zu ersticken, damit aber erst eine gründliche Restauration im Staate zu ermöglichen.

Dasselbe Blatt hält eine Rundschau über die hiesige Presse und erzählt darin u. A. Folgendes:

Uebrigens hat der Redakteur der „National-Zeitung“ sich neulich ausdrücklich dahin geäußert: eine zweite Verwarnung werde er wohl noch riskiren, dann aber umschwenken, um die Hunderttausende zu retten. „Justum ac tenacem propositi virum.“

Diese Erzählung wird von Anfang bis Ende von der „Nat.-Ztg.“ für eine freche Lüge erklärt.

Die Berliner Blätter registriren folgende weitere Verwahrungen: Die „Breslauer Ztg.“, die „Bürger-Ztg.“ (Memel), die „Zisterburger Ztg.“, die „Wupper-Ztg.“ (Hüstenwagen). — Glänzende Empfänge der Abgeordneten und Rechenschaftsberichte derselben im Sinne der Wähler werden gemeldet aus Labiau, Tilsit (hier erfolgte die Auflösung der Wählerversammlung) und Unna. Adressen an den König wurden beschossen oder wurden abgesandt in Hagen, Essen, Schwelm.

† **Wien, 23. Juni.** Der Adressentwurf des Abgeordnetenhauses, aus der Feder Giskras, der bis jetzt alle Adressen des Hauses geschrieben, ist fertig, und übermorgen wird die öffentliche Verhandlung darüber beginnen. Im Folgenden gebe ich Ihnen das Wesentlichste des Entwurfs.

Er geht zunächst des galizischen Landtags mit den Worten, daß „ein Landtag in der Ausübung seiner verfassungsmäßigen Thätigkeit unterbrochen worden“, daß aber das Haus „das Bollgewicht der Umstände nicht verkennt, welche diese Anomalie im jungen Verfassungsleben unvermeidlich gemacht“.

Dann die ungarische Frage mit dem, was daran hängt: „Lebhaftes Bedauern, noch der Mitwirkung der Vertreter aus andern Königreichen entbehren zu müssen“, mit dem Befügen: „Wir werden gern bereit sein, so viel an uns gelegen, auf dem Boden der Verfassung jene Schwierigkeiten beseitigen zu helfen, welche dem gemeinschaftlichen Zusammenwirken der Vertreter auch aus diesen Königreichen für die allen Bewohnern des Reiches gleich theuern Ziele entgegenstehen mögen; allein jenes Bedauern kann uns nicht abhalten, auf dem Wege loyalen Fortschreitens den nächsten und dringenden Aufgaben der Gesamtheit unsere Thätigkeit zu widmen; diese Bereitwilligkeit uns nicht bestimmen, das kostbare Gut der Reichsverfassung in Frage kommen zu lassen.“

Darauf der Wunsch und die Hoffnung, daß der Friede werde erhalten werden können, und unmittelbar daran anschließend die Verhinderung der polnischen Frage. „Das Abgeordnetenhaus erkennt in dem gemeinsamen Vorgehen Oesterreichs mit England und Frankreich in den gegenwärtig ganz Europa berührenden Angelegenheiten des Königreichs Polen einen Ausdruck weiser und gerechter Politik nach außen; und wenn die kaiserl. Regierung für die Forderungen der Menschlichkeit und die gerechten Ansprüche eines schwer mißhandelten Nachbarstammes auf Sicherung seiner nationalen und religiösen Bedürfnisse mit andern Mächten das Wort erhebt, so wurde damit nicht nur den Sympathien und Wünschen seiner Bewohner Ausdruck gegeben, sondern es werden auch auf diesem Wege die wahren Interessen Oesterreichs und des Weltfriedens gefördert.“

Das Konordat fehlt natürlich nicht. Der Adressentwurf „will nicht unterlassen, eine den gegenwärtigen politischen Institutionen des Staates entsprechende Ordnung von Verhältnissen der Konfessionen unter sich und zur Staatsgewalt als eine dringende Nothwendigkeit voranzustellen.“

Die Bundesreform und Jolleinigung wird mit wenigen Worten abgethan; das Abgeordnetenhaus „folgt mit Interesse“ den bezüglichen Schritten der Regierung. Dagegen wird am Schluß die „Erwartung“ betont, daß „Sr. Maj. Regierung stets nach der Verfassung und im Geiste konstitutioneller Staatseinrichtungen ihres Amtes walten werde.“

Italien.

* **Turin, 22. Juni.** Die „Italia“ meldet, daß Hr. v. Pepoli sehr bald abreisen wird, um seine Funktionen als bevollmächtigter Minister Italiens in St. Petersburg wieder zu übernehmen.

* **Marseille, 23. Juni.** Briefe aus Neapel vom 20. sagen, daß die Prinzessin Sciarra Barberini am 27. mit Hrn. Duetromani, dem Ex-Kehrer Franz II., ihr Urtheil erhalten wird. Der alte General Antonelli ist in dieselbe Angelegenheit mit verwickelt. Der General Lamarmora wird an die römische Grenze gehen, um sich mit dem französischen Befehlshaber über die neu zu nehmenden Maßregeln gegen das Räuberwesen zu verständigen. Ein kleines Fahrzeug im Golf von Neapel ist von den Reaktionen überumpelt worden, seine Besatzung wurde gefangen genommen und das Fahrzeug verbrannt.

Man schreibt aus Rom vom 20. der Finanzminister habe eine Bekanntmachung erlassen, durch welche die Tilgung eines Theils der Schuld, welche von der Republik im Jahr 1849 herrührt, angezeigt wird. Die Auszahlung des Semesters der römischen Schuld wird am 1. Juli stattfinden. Da die Schmitter der dem Königreich Italien annerkinten Provinzen sich nicht in den römischen Staat begeben können, hat Mgr. v. Merode die Soldaten ermächtigt, die Schmitterarbeiten zu verrichten. Der sizilianische Bischof Gesia ist in auferor-

benlicher Mission nach Südamerika gesandt worden, um dort ein Konfordat abzuschließen.

Frankreich.

Paris, 23. Juni. Es scheint gewiß, daß der „Moniteur“ morgen drei verschiedene Veränderungen in der Zusammenstellung des Kabinetts bringen wird. (S. v. Tel. Paris.) — Die Notizen der drei Mächte sind heute Morgen, 23., in St. Petersburg angelangt. Die „Patrie“ glaubt zu wissen, daß es die Absicht der russischen Regierung sei, die österreichischen Vorschläge, welche bekanntlich nicht identisch mit den übrigen sind, anzunehmen, dagegen in gewissen Beziehungen die Vorschläge der Tsaristen und von St. James abzulehnen, um die Einigkeit der Mächte zu brechen. Die „Patrie“ glaubt aber, daß Oesterreich sich nicht von Frankreich und England trennen werde. Letztere selbst aber scheinen weit entfernt, über ein gemeinschaftliches Vorgehen über die diplomatische Aktion hinaus einig zu sein. Im „Constitutionnel“ fordert Hr. P. Limayrac die britische Regierung, im Namen ihrer Ehre und im Interesse Europas und der Menschlichkeit auf, sich endlich über ihr Verhalten in der polnischen Angelegenheit offen auszusprechen. „Wenn man, indem man erklärt, daß man nur zur Diplomatie greifen dürfe — sagt der „Constitutionnel“ — versteht, daß England alle in nicht über die diplomatische Aktion hinausgehen sollte, so sind wir ganz einverstanden. . . . Wenn aber dies bedeuten sollte, daß — wenn gegen alles Erwarten die Intervention der drei Mächte ohne Resultat bliebe — das britische Kabinet auch gemeinsam mit den beiden andern Mächten nicht vorgehen wolle, — dann müßte man tief die eiteln Worte eines falschen Enthusiasmus beklagen, die nur Unglückliche zum Tod geführt hätten.“ — Während Hr. P. Limayrac seinen Artikel schrieb, übernahm es das englische Parlament, indem es, der Ansicht Palmerston's entgegen, mit 55 Stimmen Majorität die Deklaration des Ammendments Hennessy-Forsier verwarf, den „Constitutionnel“ über die Bestimmungen der britischen Nation aufzuklären.

Unter dem 21. richtete Hr. v. Persigny ein Rundschreiben an die Präfekten, worin er sagt, daß, wenn es auch der Koalition gelang, in einigen von der Presse bearbeiteten Volks-Centren das allgemeine Wahlrecht zu überumpeln, die ungeheure Majorität auf den Ruf der Regierung antwortete und der Koalition als Trost für ihre Niederlage nur einige Namen ließ. Auf die Zukunft des Landes würde, dem Hrn. Minister des Innern zufolge, das Ergebnis der letzten Wahlen von wesentlichem Einfluß sein, weil, von allen Seiten angegriffen und allen Erschütterungen Widerstand leistend, das politische Gebäude nur um desto fester wurde, und weil in der Kammer wie im Lande die Partei der Regierung von nun an konstituiert ist.

Der Kaiser wird im nächsten Monat nach Vichy, im August nach dem Lager von Chalons, und von da aus, wenn die Verhältnisse es gestatten, nach Biarritz gehen. Die Kaiserin wird sich auf einige Tage nach Trouville zu der Fürstin Metternich begeben. — Heute erschien der erste Theil des vielbesprochenen Werks „Der Ursprung des Christenthums“ von Ernst Renan unter dem Titel „Das Leben Jesu“. Es ist in einem ähnlichen Geiste wie das Strauß'sche Werk geschrieben. — Die „France“ erfährt über die Havanna, daß Comonfort seine Armee zu Yelapou auslöste und Offiziere und Soldaten aufforderte, den Guerillakrieg auf eigene Faust fortzusetzen. — Die Börse war flau, besonders gegen den Schluß. Rente bleibt 68.45. Mob. 1205.

Spanien.

Madrid, 22. Juni. Hr. Gerard de Souza, unser bevollmächtigter Minister in Rom, wird sich nächstens auf seinen Posten begeben. Man beschäftigt sich in Madrid sehr viel mit der polnischen Frage.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 21. Juni. (Fr. P.-Ztg.) Die Anhäufung russischer Truppen im Königreich Polen nimmt jetzt wahrhaft kolossale Verhältnisse an, und es scheint, daß man das ganze Kaiserreich von Militär entblößt, um den polnischen Aufstand in möglichst kurzer Zeit niederzuwerfen, und insofern den Insurgenten nicht anderweitige Hilfe kommt, dürfte dies auch gelingen. Die „Nationalregierung“ macht deshalb jetzt die ungeheuersten Anstrengungen, und zwar nicht ohne Erfolg, da man ihr noch fast überall gehorcht. Ob ihr aber die Einberufung des allgemeinen Landsturms, jedenfalls ein letztes Mittel, bei dem Widerwillen der Bauern gegen den Kampf, gelingen wird, steht noch sehr dahin. Und selbst wenn ihr dies Mittel gelingt, so fehlt es zwar nicht an Leuten, wohl aber an Waffen; denn von den kolossalen Zusendungen aus England, Belgien, Schweden u. gelangt nur der geringste Theil an seine Bestimmung, das Meiste wird die Hälfte der Insurgentenscharen jetzt wieder bloß mit Senfen bewaffnet. Die Einberufung des Landsturms bezieht sich übrigens nicht bloß auf das Königreich, sondern erstreckt sich auch auf preussisches Gebiet herüber.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 18. Juni. Man meldet der „Nordb. Allg. Ztg.“ über das Ende der Lapinski'schen Expedition: „Bei stürmischem Wetter wurde die Landung der Polen an der russischen Küste bei Polangen versucht. Bei dieser Gelegenheit fanden 24 Personen in Folge des Umschlagens eines Bootes, darunter 16 Franzosen und 8 Polen, in den Wellen ihren Tod. Wegen der Zunahme des Sturmes wurde von dem Obersten Lapinski die Landung aufgegeben und von dem Kapitän das Schiff, welchem es an Wasser und Lebensmitteln fehlte, nach dem gotländischen Hafen Klintehamn geführt, wo es in der Nacht vom 14. auf den 15. eintraf. Die schwedische Regierung, welche die Geländeten durch eine Kompagnie Militär bewachen ließ, hat ihnen die Genehmigung nicht erteilt, über Stockholm nach England zurückzukehren. Heute wird der Kriegsschooner „Dräbb“, welcher eine Besatzung von 50 Seesoldaten führt, in Klintehamn eintreffen, um die Geländeten, und zwar, wenn sie Widerstand leisten sollten,

mit Gewalt nach einem englischen Hafen zu bringen. Das Schiff „Emilie“ ist nach Kopenhagen zurückgekehrt, nachdem die Waffen und die Munition den schwedischen Behörden ausgeliefert worden sind.“

Großbritannien.

London, 23. Juni. Unterhaus. In der gestrigen Sitzung theilte Lord Lyndoch mit, daß Rußland das Gerücht in Betreff des Knutenenbitts Murawiew's desavouire. Gesandtschaftsberichte aber bestätigten die russischer Seite verübten Grausamkeiten. Hennessy's Adresse wird auf Kinglake's und Anderer Antrag bis nach Eintreffen der russischen Antwort verschoben. Lord Palmerston erklärt, die drei ungefähr gleichzeitig in St. Petersburg eintreffenden Noten in Bezug auf Polen enthielten sechs Punkte: 1) eine vollständige allgemeine Amnestie; 2) Nationalvertretung, wie im 1815 bewilligt worden; 3) gesonderte Landesverwaltung; 4) volle Gewissensfreiheit und Aufhebung der Beschränkung der katholischen Kirche; 5) Einführung der Landessprache in Verwaltung, Gerichten und Schulen; 6) ein gesetzliches Neutruirungssystem und Einstellung des Kampfes als Unterhandlungsbasis. Oesterreich habe den zweiten Punkt modifiziert. Fitzgerald glaubt, Oesterreich habe eine der galizischen analoge Verfassung für Polen befürwortet, und für die Polen nicht ein Monopol, sondern einen großen Antheil an der Verwaltung gewünscht. Disraeli bezweifelt die Möglichkeit, eine Einstellung des Kampfes herbeizuführen, und nennt eine Wiederherstellung Polens, wie die oben erwähnte, ein den Frieden bedrohendes Phantom.

Amerika.

New-York, 12. v. zur Hand. (Per „Asia.“) Drei Brigaden Unionstaballerie und 2000 Mann Infanterie waren am 9. über den Rappahannock gegangen und schlugen sich daselbst den ganzen Tag mit General Stuart's Kavallerie. Nachdem die letztere schließlich bedeutende Verstärkungen an Infanterie erhalten hatte, gingen die Bundesstruppen wieder über den Fluß zurück, ohne ihre Todten und Verwundeten im Stiche zu lassen. Zweck dieser Expedition war, die Pläne des Generals Lee, welcher beabsichtigt einen Einfall in Maryland eine Masse Kavallerie zusammengezogen hatte, zu vereiteln. Auch ist dieser Zweck, wie verlautet, vollständig erreicht worden. In den letzten Tagen hatte Lee weitere Verstärkungen erhalten, und vielseitig herrscht noch immer die Vermuthung, daß er demnächst die Offensive ergreifen werde. Pennsylvania ergreift zu seinem Empfang umfassende Vertheidigungsanstalten. — Die letzten Berichte aus Vicksburg reichen bis zum 8. d. Die Belagerung machte Fortschritte; Entschieden war nicht vorgefallen. — In Indiana herrscht großer Widerstand gegen die Rekrutierung. Der Generalprokurator und sein Assistent wurden erschossen. Die Aufregung ist groß, Militär rückt an. — Hr. Ballandigham ist durch die demokratische Staatenkonvention einstimmig als Kandidat für die Gouverneurstelle von Ohio aufgestellt worden.

New-York, 13. Juni (Abend). Die Lage hat sich nicht geändert zu Vicksburg. Man sagt, daß die Belagerung gut vorwärts geht. Die Südstaatlichen unter General Lee haben bedeutende Verstärkungen erhalten. Ihre Bewegungen scheinen anzudeuten, daß sie beabsichtigen, in Maryland und Pennsylvania einzufallen.

Baden.

Bruchsal, 23. Juni. (Schwurgericht, Geheime Sitzung.) Anklage gegen die 26 Jahre alte, ledige Dienstmagd Barbara Haas von Lehengericht, wegen Kindmords. Die Staatsbehörde ist vertreten durch Hrn. Staatsanwalt Haas und die Vertheidigung führt Hr. Obergerichtsadvokat Gutmann. Die Angeklagte ist geschädigt, ihr drittes uneheliches Kind in Folge eines längere Zeit vorher gefassten Entschlusses alsbald nach der Geburt auf grausame Art getödtet zu haben, und wurde hierwegen zu Zuchthausstrafe von 10 Jahren verurtheilt.

Bruchsal, 23. Juni. Die Blatterepidemie, welche seit April 1862 in Stadt und Umgegend mehr oder minder stark geherrscht hat, kann jetzt endlich als ganz erloschen bezeichnet werden, da in den Landorten schon seit voriger Woche kein Fall mehr vorgekommen ist, und in der Stadt der letzte Blatterkrankte vor einigen Tagen als geheilt entlassen wurde.

Die besseren Verhältnisse des Tabakgeschäfts zeigen sich auch hier darin, daß dieses Jahr in unserer Gemarkung wieder viel Tabak gebaut wird. Die Traubenblüthe hat begonnen, und für diese, sowie für die im Gange befindliche, sehr reich ansiehende Heurnte, wäre die Fortdauer des heute eingetretenen, schönen Wetters sehr zu wünschen.

Unlängst wurde in der Nachbarschaft eine Prellerei verübt, welche zur Verächtlichkeit mahnt. Ein durchtriebener Schwindler ersuhr nämlich aus dem Gespräche mit einem Mitreisenden dessen Namen und Familienverhältnisse, nahm nun in einer auswärtigen Stadt dessen Namen an und telegraphirte unter solchen an den wohlhabenden Bruder desselben, daß er in Noth sei und dringend Geld bedürfe, worauf ihm Jener einige hundert Gulden schickte, mit denen der Betrüger alsbald spurlos verschwand.

Pforzheim, 22. Juni. Das Ihnen mitgetheilte Resultat der Wahl eines zweiten Bürgermeisters für hiesige Stadt hat zu einer ziemlich lebhaften Erregtheit beigetragen. Die Majorität der Wähler, die dem Amtsverwalter-Assistenten Hrn. Föhlner ihre Stimmen gab, war nämlich der Ansicht, es könne wohl von der gesetzlichen Vorschrift, daß der neu gewählte Bürgermeister mindestens ein Jahr im Besitze des Ortsbürgerrechts sei, im vorliegenden Fall Umgang genommen, oder eventuell Hr. Föhlner als Assistent des ersten Bürgermeisters einsetzen und dann, nachdem er sich das Bürgerrecht in hiesiger Stadt erworben, später seine eigentliche Stelle einnehmen. Dem entgegen war der andere Theil der Wähler der Ansicht, daß, da eben die Wahl gegen den Wunsch des Besiegten erfolgt, dieselbe ungültig und eine Neuwahl sogleich vorzunehmen sei. Daß bei der über den Gegenstand geführten Kontroverse nach beiden Seiten hin spitige Redensarten, findet man wohl begreiflich; daß aber um die städtischen Interessen hochverdiente und allgemein hochgeachtete Persönlichkeiten dabei in verkörpernder Weise angegriffen werden, muß jeder Gutsdenkende beklagen. Hoffen wir, daß der Frieden für die Dauer nicht gefährdet bleibe und die bereits angeordnete neue Wahl ein nach allen Seiten hin, so weit möglich, entsprechendes Resultat liefere.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 24. Juni. Der Gesetzentwurf, die Verleihung des Rechts der Banknoten-Ausgabe betr., welcher in der letzten Sitzung der Zweiten Kammer vorgelegt wurde, lautet:

Art. 1: Einer Aktiengesellschaft zur Gründung einer badischen Bank kann das Recht verliehen werden, Banknoten, auf Inhaber lautend, auszugeben, wenn das Statut der Gesellschaft wahr:

- a) Einlösung der Noten auf Sicht bei der Hauptkassa der Bank und Annahme derselben an Zahlungsmittel nicht nur bei letzterer, sondern auch bei ihren sämtlichen Zweiganstalten;
- b) volle Deckung des jeweils umlaufenden Notenbetrags in baar und guten Wechseln mit kurzer Verfallszeit;
- c) Ausgabe der Noten in Stückeln nicht unter zehn Gulden;
- d) Beschränkung auf solche solide Geschäfte, welche jederzeit eine rasche Flüssigmachung der Mittel der Gesellschaft sichern, und
- e) fortdauernde wirksame Kontrolle der Regierung bezüglich des Vollzugs vorstehender Bedingungen, sowie bezüglich einer genauen Beobachtung der genehmigten Statuten überhaupt.

Art. 2: Ersatz für vernichtete Noten dieser Bank kann an dieselbe nicht gefordert werden.

Abgenutzte, zerstückelte oder sonst beschädigte Banknoten hat die Bank gegen anderes Geld umzuwechseln, wenn die Echtheit und der Werthbetrag unzweifelhaft zu erkennen sind und die Ueberzeugung erlangt wird, daß kein Mißbrauch mit den in Umlauf befindlichen Stücken geschehen kann. Sperrbefehle gegen die Einlösung der Banknoten sind unstatthaft.

Die §§. 522 bis mit §. 532 des Strafgesetzbuchs finden auch auf die Banknoten Anwendung.

Art. 3: Die Bestimmungen der Art. 1 und 2 treten mit der Staatsgenehmigung des Statuts der Gesellschaft und nach Maßgabe des letzteren in Wirksamkeit.

Vermischte Nachrichten.

Prag, 21. Juni. Wie man der „Presse“ meldet, hat sich Fräulein Pustowojoff von Prag entfernt, ohne daß es der nachforschenden Behörde gelang, den Aufenthalt der Flüchtigen zu entdecken. Die Prager Sängerin Fräulein Zawiszanla, eine intime Freundin der Pustowojoff, ist in Wien angekommen, um hier für den in Josephstadt internirten Ex-Diktator Langiewicz um die Erlaubniß, einen böhmischen Badeort zum Aufenthalt wählen zu dürfen, zu petitioniren; bis jetzt jedoch sind ihre Bemühungen erfolglos geblieben.

Vercina, 18. Juni. (Pr.) Schon seit lange her war der Plan gefaßt worden, für die zahlreich in der Arme vertretenen Katholiken eine protestantische Garnisonkirche herzustellen zu erbauen. Die Ausführung stieß jedoch jedesmal auf große Hindernisse, und nur der energischen Verwendung des F. Z. M. v. Benedek gelang es endlich, das Unternehmen eines günstigen Resultats zuzuführen. Die katholische Kirche Santa Lucia, welche ärarisches Eigenthum geworden ist, wurde hierzu angewiesen und wird zu diesem Zweck mit nicht geringem Aufwande umgestaltet und ausgeschmückt. Ein nicht geringes Verdienst um die glückliche Austragung dieser Angelegenheit gebührt wohl auch dem hiesigen katholischen Bischof Marschese Canossa, einem sehr toleranten und allgegenwärtigen Manne, welcher seinerseits Alles that, um die Schwierigkeiten, welche die übrige Geistlichkeit bereitete, zu beseitigen.

Die „Patrie“ gibt folgenden Probe ergiblicher Naivität eines italienischen Gemeindevorstehers. Während der Reise des Prinzen Humbert, ältesten Sohnes des Königs Viktor Emanuel, in Umbrien und den Marken hat der Maire eines Dorfes ihn mit folgendem Komplimente empfangen: „Genehmigen Sie die Wünsche dieser Gemeinde, welche das Glück hat, von mir verwaltet zu werden, in Empfang zu nehmen. Die Einwohner, welche in Ew. Königl. Hoheit außerordentliche Fähigkeiten entdecken haben, welche sie niemals gehorcht hätten, erwarten mit Ungeduld den Tag, wo sie auf Ihrem erhabenen Haupte die Krone Italiens leben werden.“

Allen, welche Erdbeben studiren wollen, wird der Aufenthalt in Zerkutsk empfohlen. Ende Mai hatte man schon elf Erdstöße bemerkt, in diesem Jahre gezählt, im vorigen Jahre hatte man 34 bemerkt.

Der Pariser „Nation“ zufolge wird Garibaldi nächstens nach Frankreich reisen. Der Dr. Nélaton hat ihm die Aider von Néris (Allier) verordnet. Es ist bereits zum 1. Juli eine Wohnung für ihn bereit.

London, 22. Juni. Um ein Haar hätten sich vorige Woche zwei alte englische Generale, Lord Lucan und General Brotherton geschossen, und zwar wegen einer alten Geschichte: wegen des berühmten Reiterangriffs bei Balakawa, über den die Alten noch immer nicht geschlossen sind. Die beiden Herren hatten sich schon gefordert, und das schöne Frankreich war als Kampfplatz ausersehen. Glücklicher Weise aber vergaßen sie einander ihre Pariser Adressen zu geben, sie suchten sich eine Woche lang vergebens und kamen schließlich wieder wohlbehalten in London an. Vernünftige zeitgemäße Freunde sind gegenwärtig bemüht, den Streit friedlich auszusprechen, auf daß die beiden alten Herren nicht mit geladenen Pistolen auf einander schießen.

Karlsruhe, 24. Juni. Wenn die Stadt Karlsruhe die Anerkennung verdient, durch den Bau einer Eisenbahn an den Rhein nach Morau das Mittel zur Theilnahme an den Verkehrsvorteilen einer schönen Wasserstraße geschaffen zu haben, welche nach dem Anschluß der linksrheinischen Bahn in erhöhtem Maße ihr zufließen werden, so verdient sie nicht minder Anerkennung für die Errichtung des Rheinbades bei Morau.

Die Einwohner der Stadt haben alle Ursache, sich dieser großartigen, schönen und praktisch eingerichteten Anstalt zu freuen. Auch die aufgestellte Badeordnung nebst Baderarif entspricht ganz ihrem Zweck, denn damit ist den Wünschen und Interessen des Publikums sowohl, als auch denjenigen des Pächters bis zum Maße der Billigkeit Rechnung getragen. Zieht man hierbei noch in Betracht, daß der jetzige Pächter, Hr. Lutz, ein mit den Verhältnissen einer Badeanstalt vertrauter und dabei freundlicher, dienstwilliger Mann ist, und daß Hr. Beckenmeier Gauher, welcher die technische Leitung des Bades der Anstalt übernommen hat, nun auch die technische Aufsicht über dieselbe üben wird, so läßt sich von dem ganzen Unternehmen nur Gutes und Günstliches erwarten. — R.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Hermann Koenlein.

3.r.852. Karlsruhe. Auswärtigen Verwandten und theilnehmenden Freunden zeigen wir an, daß unsere liebe Braut und Schwester Sophie Schumacher nach mehrjähriger Krankheit am 22. d. M., Morgens 4 Uhr, gestorben ist. Karlsruhe, den 24. Juni 1863.

Ernst Gerstner, Ingenieur.
Emilie Leichtlin, geb. Schumacher.
Adolph Schumacher, Apotheker in Pforzheim.
Emilie Schumacher, geb. Greiner.

3.r.844. Blumenfeld. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben theuern Bruder Josef Waldkircher, Stadtpfarrer und gewesener landesherrlicher Dekan dahier, in einem Alter von 66 Jahren heute Vormittag 10 Uhr von dieser Welt in ein besseres Jenseits abzurufen.

Dieses diene unsern Verwandten, seinen zahlreichen Freunden und Bekannten zur Nachricht, mit der Bitte, ihn in liebevollem Andenken bewahren zu wollen.

Blumenfeld, den 21. Juni 1863.
Die trauernden Geschwister.

3.r.821. Karlsruhe. Bekanntmachung.

Während der Dauer des ersten badischen Landesfiskens in Mannheim, und zwar vom 27. Juni bis 5. Juli d. J. einschließlich, tritt eine Ermäßigung des Eisenbahnfahrpreises in der Weise ein, daß die auf sämtlichen diesseitigen Stationen ausgegebenen Billete zur einfachen Fahrt nach Mannheim auch für die Rückfahrt Berechtigung geben. Die Gültigkeitsdauer dieser Billete wird für die Stationen von Ettlingen bis Freiburg (Baden und Rheb) einschließlich auf 2 Tage; für die Stationen von Freiburg bis Konstanz und der Wiesenthalbahn auf 3 Tage, und überhaupt noch weiter dahin ausgedehnt, daß bei Benützung des um 12 Uhr 40 M. Nachts von Mannheim nach Konstanz abgehenden Zuges der auf die Fahrt mit diesem Zuge fallende Tag außer Berechnung bleibt.

Karlsruhe, den 21. Juni 1863.
Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
Zimmerer.
vdt. Salzmann.

Kellnergesuch.

3.r.856. Ein mit guten Zeugnissen versehenes Kellner, der französisch spricht, wird gesucht. Der Eintritt könnte sogleich geschehen. Zu erfragen bei der Expedition der Karlsruher Zeitung.

3.r.838. Nr. 1200. Mosbach. Vergebung von Eisenbahnbau-Arbeiten im badischen Odenwalde.

Zur Ausführung der Odenwaldbahn (Strecke von Mosbach bis zur bayrischen Grenze) werden mit höherer Ermächtigung die Arbeiten vom I. und II. Arbeitsloos der Eisenbahnbau-Inspektion Mosbach zur Submission ausgeben.

Das erste Arbeitsloos beginnt am Mosbacher Bahnhofe und endigt bei Profil 360 in der Gemarkung Auerbach mit einer Länge von 36,600 Fuß.

Das zweite Arbeitsloos beginnt bei Profil 360, Gemarkung Auerbach, und endigt bei Profil 691 in Gemarkung Sedach mit einer Länge von 31,100 Fuß. Die Arbeiten selbst sind in den Voranschlägen folgendermaßen berechnet.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes sections for I. Arbeitsloos and II. Arbeitsloos with various construction tasks like earthworks, bridges, and tunnels.

Liebhaber zur Uebernahme dieser Arbeiten haben ihre Angebote entweder für jedes Loos besonders oder für beide Loos zusammen nach Prozenten des Ueberschlages gestellt und mit der Aufschrift „Angebot zu den Arbeiten der Odenwaldbahn“ versehen, bis längstens

Montag den 6. Juli 1863, Vormittags 10 Uhr, bei unterzeichneter Stelle einzureichen, zu welcher Zeit die Submissionseröffnung mit dem Bemerkten stattfinden wird, daß die Submittenten der Verhandlung anwohnen können. Pläne und Ueberschlages, sowie die Bedingungen können stets auf diesseitigem Geschäftsämter eingesehen werden.

Mosbach, den 21. Juni 1863.
Großh. bad. Eisenbahnbau-Inspektion.
Steinam.

3.r.849. Karlsruhe. Kunst-Berein. Bekanntmachung. Die Rheinische Kunst-Ausstellung wird Montag den 29. Juni, Abends 6 Uhr, geschlossen.

3.r.61. Karlsruhe. Eau de la Floride. Zur Wiederherstellung und Erhaltung der natürlichen Farbe der Haare. Vor Allem muß bemerkt werden, daß das Eau de la Floride Nichts mit den bereits bekannten Fluiden gemein hat, und keineswegs ein Färbungsmittel ist, da es jedem Haarwuchs seine ursprüngliche Farbe wiedergibt.

3.r.780. Mannheim und Karlsruhe. „The Gresham“, Englische Lebens- und Rentenversicherungs-Gesellschaft in London. Neuer Zuwachs im verflohenen Jahre (1862) Frkn. 26,901,000. — Jahresermittlung an Prämien gestiegen auf Frkn. 3,085,237. 50 Cts. — Für Sterbfälle bezahlt in diesem Jahre Frkn. 1,185,246.

3.r.845. Zürich. Zürcherhof. Bei Beginn der diesjährigen Saison bringt Unterzeichneter seinen mit allem Comfort eingerichteten, am See gelegenen, Gasthof den Tit. Reisenden in geneigte Erinnerung.

3.r.444. Hamburg. Englische Steingut-Gefäße mit luftdicht schließenden Patent-Deckeln. zum Einmachen von Gemüsen, Früchten etc. haben sich hierzu als unübertroffen bewährt, sind billiger als Blechbüchsen, dabei sortdauern und verwindbar und sind leicht zu verschließen und zu öffnen.

3.r.850. Bruchsal. Empfehlung. Unterzeichneter empfiehlt sich im Anfertigen von feiner- und diebesten Käsefräntken nach jeder beliebigen Größe und Konformation, sowie von transportablen Schienenherden der neuesten Art; auch können zugleich von letzteren in Gebrauch stehende hier eingesehen werden.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Lists various goods and services with prices.

3.r.348. Nr. 5949. Konstanj. (Bekanntmachung.) In das Firmenregister wurde heute unter D. S. 44 eingetragen die Firma Karl Delisle, Inhaber: Karl Delisle, Handelsmann von Konstanj. Profurist: August Delisle. Konstanj, den 18. Juni 1863. Großh. bad. Amtsgericht. Fritsch.

3.r.347. Nr. 5929. Ladenburg. (Bekanntmachung.) Die ledige Auguste Weisfel hat unter der Firma: „Auguste Weisfel“ ein Glas-, Porzellan- und Kurzwaarengeschäft errichtet, welches unterm heutigen unter D. S. 51 in das Firmenregister eingetragen wurde. Ladenburg, den 22. Juni 1863. Großh. bad. Amtsgericht. Vender.

3.r.760. Nr. 9080. Bruchsal. (Essentielle Vorladung.) Die Luise Gott, geb. Senn, zu Weisfel erbob unterm 16. d. Mts. gegen ihren Gemann Chirurg Karl Gott von Bruchsal eine Entscheidungsgelagte darüber, welche sie hauptsächlich damit begründete, daß der Beklagte, was sich auch aus vorliegenden Akten ergibt, unterm 10. April d. J. für verschollen erklärt worden ist. Zum Verschollungsvergleich und beziehungsweise zur Vernehmung auf die Klage wird Tagsfahrt anberaumt auf Montag den 20. Juli d. J., Vormittags 11 Uhr, und werden beide Theile hierzu vorgeladen. Bruchsal, den 20. Juni 1863. Großh. bad. Amtsgericht. Dies.

3.r.764. Nr. 6675. La hr. (Verschollenerklärung.) Da Wilhelm Ritter von Friesheim unser Auftraggeber vom 12. Juni 1862, Nr. 6816, keine Folge geleistet hat, so wird derselbe anstands für verschollen erklärt und sein Vermögen seinen gesetzlichen Erben zum fürsorglichen Besitze überwiesen. La hr, den 22. Juni 1863. Großh. bad. Oberamt. Winter.

3.r.755. Nr. 5922. Ladenburg. (Aufgefundener Leichnam.) Am 20. d. Mts. wurde bei Sandhofen im Rhein die Leiche eines unbekanntes Mannes gefunden, welcher, den Umständen nach zu schließen, Selbstmord verübt hat. Es war die Leiche eines 5' 6" großen, stämmigen Mannes von etwa 60 Jahren, hatte braune, mit grauen untermischte Haare, gesunde Zähne mit Ausnahme des rechten Augenzahnes, keinen Bart und einen mit einem Strichband verwahrten Leistenbruch an der rechten Seite. An der Brust der Leiche hing ein graues, leinenes Tüchlein, in welchem 3 Steine im Gewicht von 5 Pfund sich befanden. Die Leiche war bekleidet mit einer schwarzgrünen Kappe mit Lederbügel, einem blautüchtigen Wams, in dessen Leder eine ordinäre Porzellanpfeife sich befand, auf deren Kopf ein Französischer gemalt war; ferner mit einer baumwollenen, hellblauen, weißgestreiften Weste mit lilafarbigen Knöpfen, mit braunen Sommerbuckelstiefeln, die an den Knien stark gestiftet waren, in der Westentasche war ein coupirtes Eisenbahnbillet III. Klasse für die Fahrt von Weinheim nach Mannheim vom 17. d. Mts.; um den Leib war ein baumwollenes, braunes Sackzeug und um den Hals ein schwarzes, baumwollenes Halsstuch gebunden; an den Füßen hatte die Leiche zwei verschiedene lederne Rohrstiefel, einen guten mit langem und einen schlechten mit kurzem Noth, an einem Fuß war ein graubrauner, wollener Socken, und endlich hatte die Leiche ein gestiftetes, leinenes, ungezeichnetes Hemd an, welches am Kragen mit Büdnel geschlossen war. Wir bitten um Erkundigungen nach Namen und Heimathsort des Entsetzten, Ladenburg, den 22. Juni 1863. Großh. bad. Amtsgericht. Vender. vdt. Gahr, A. J.

3.r.763. Nr. 4744. Schwesingen. (Aufforderung und Fahnung.) J. U. S. gegen Daniel Berlinghof von Pfalzstadt, wegen Fälschung. Daniel Berlinghof von Pfalzstadt, welcher wegen Fälschung und Erbscheidung der Berechtigung zur Ausübung des Wundarzneiwesens (dahier in Untersuchung steht, wird aufgefordert, sich binnen 14 Tagen

3.r.730. Nr. 12434. Heidelberg. (Fahndungsurkunde.) Unser Fahndungsurkunde schreiben in Nr. 121 dieses Blattes auf die Margaretha Zuber von Raierthal nehmen wir hiemit zurück. Heidelberg, den 19. Juni 1863. Großh. bad. Amtsgericht. v. Lischgi.

3.r.735. Nr. 1450. Oberkirch. (Erbberechtigter.) Joseph Metz von Elm ist zur Erbschaft auf Ableben seines Vaters Anton Metz, von dort mitberufen, dessen Aufenthaltsort aber unbekannt. Derselbe wird deshalb aufgefordert, sich innerhalb drei Monaten bei unterzeichneter Stelle zu melden, ansonsten die Erbschaft lediglich denjenigen zugeweiht würde, welchen sie zukäme, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht am Leben gewesen wäre. Oberkirch, den 12. Juni 1863. Großh. bad. Amtsrevisorat. M. Vogel.

3.r.775. Nr. 1016. Oberkirch. (Erlebte Gebilfenfelle.) Unsere erste Gebilfenfelle mit 500 fl. Gehalt ist erledigt und soll sogleich oder längstens bis 20. September l. J. wieder befest werden. Kameralpraktikanten oder Assistenten, die hierzu Lust haben, wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse in Bälde melden. Oberkirch, den 17. Juni 1863. Großh. bad. Domänenverwaltung. Tröger.

3.r.769. Nr. 2965. Erberg. Offene Auktionsstelle bei großh. Amtsgericht Erberg. Gehalt 350 fl. mit 60 bis 90 fl. Nebenben. Eintritt bis 1. August. Erberg, den 23. Juni 1863. Schöfer.

Table with multiple columns: Staatspapiere, Wechsel-Kurse, Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten. Lists various financial instruments and their current market rates.